



Berlin-Brief Nr. 367

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

06. Dezember 2024



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

im Bundestag fand in dieser Woche eine reguläre Sitzungswoche mit einer prall gefüllten Tagesordnung statt. Die undemokratische Blockade der CDU/CSU mit dem Ziel, den parlamentarischen Betrieb und wichtige Vorhaben aufzuhalten, ist

gescheitert. Wir als Sozialdemokraten nehmen unsere Verantwortung wahr und arbeiten wie gewohnt mit aller Kraft für die Menschen in unserem Land. Die Herausforderungen sind groß.

Wir kämpfen für mehr Tariflöhne!

Tarifverträge sorgen für faire Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Sicherheit. Inzwischen arbeitet aber nur noch rund die Hälfte der Beschäftigten in tarifgebundenen Jobs. Das ist uns deutlich zu wenig! Wir wollen die Tarifbindung stärken.

Der Staat sollte dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Im Jahr 2022 hat der Bund öffentliche Aufträge im Wert von fast 38 Milliarden Euro vergeben. Bei den Ausschreibungen kommen Unternehmen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen, aber oft nicht zum Zug, weil Betriebe ohne Tarifvertrag einen Wettbewerbsvorteil haben.

Die Bundesregierung hat nun ein Tariftreuegesetz auf den Weg gebracht. Die darin enthaltene Tariftreuregelung soll dafür sorgen, dass Aufträge und Konzessionen des Bundes nur an Unternehmen gehen, die ihre Angestellten nach einem repräsentativen Tarifvertrag der jeweiligen Branche bezahlen. Das Gesetz soll bei der Vergabe von Liefer- und Dienstleistungsaufträgen ab 30.000 Euro und bei Bauaufträgen ab 50.000 Euro gelten. Auch Subunternehmen müssen sich an die Vorgaben des Gesetzes halten. Die FDP hat das Gesetz bis zuletzt blockiert. Wir werden uns aber weiter für das Gesetz einsetzen. Nur so sorgen wir für fairen Wettbewerb und mehr Tarifbindung!

Gewalt gegen Frauen stoppen – das Gewalthilfegesetz muss kommen!

Die Zahlen des aktuellen Lageberichts des Bundeskriminalamts sind erschütternd: Fast jeden Tag wird in Deutschland eine Frau Opfer eines Femizids. Alle drei Minuten erleidet eine Frau oder ein Mädchen häusliche Gewalt. Täglich werden mehr als 140 Frauen und Mädchen Opfer sexueller Übergriffe. Die Gewalt gegen Frauen ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen – quer durch alle Kategorien: Gewaltdelikte, politisch motivierte Straftaten und Verbrechen, die vorwiegend Frauen treffen. Diese alarmierenden Entwicklungen nehmen wir nicht hin. Es ist Zeit zu handeln – und das tun wir mit dem Gewalthilfegesetz.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen bestehende Hilfestrukturen sichern und ausbauen. Die Arbeit mit Betroffenen soll gestärkt, Präventionsmaßnahmen weiterentwickelt werden. Das Gewalthilfegesetz ist ein zentraler Schritt, für den wir uns bereits in den Koalitionsverhandlungen starkgemacht und seine Verankerung im Koalitionsvertrag erreicht haben. Jetzt setzen wir alles daran, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Der Kabinettsbeschluss liegt vor, und wir appellieren an alle demokratischen Fraktionen, dieses entscheidende Vorhaben zu unterstützen.

Für uns stehen der Schutz und die Unterstützung von Frauen und Mädchen, die geschlechtsspezifische Gewalt erleben, an erster Stelle. Gewalt darf in unserer Gesellschaft keinen Raum haben. Darum kämpfen wir nicht nur für das Gewalthilfegesetz, sondern auch für den Ausbau von Frauenhäusern, Schutz- und Beratungsstellen sowie Präventionsangeboten. Wir wollen, dass Partnerschaftsgewalt in familienrechtlichen Verfahren stärker berücksichtigt wird, die sexuelle Selbstbestimmung von Frauen geschützt bleibt und Täter die volle Härte des Rechtsstaats spüren.

Wir wollen die Wirtschaft stärken und Beschäftigte entlasten

Wir wollen schnell handeln, um Arbeitsplätze zu sichern und die Wirtschaft zu stärken. Bundeskanzler Olaf Scholz hat vorgeschlagen, die Stromnetz-Übertragungsentgelte für

Firmen zu senken: Ab 2025 solle ein fester Deckel eingeführt werden, der die Kosten für die Übertragungsnetzgelte halbiert und auf drei Cent festschreibt. Damit wollen wir für wettbewerbsfähige Strompreise sorgen und Planungssicherheit schaffen. Dort, wo Arbeitsplätze in der Industrie in Gefahr sind, würde es sofort unterstützend wirken. CDU/CSU müssen jetzt auch mitgehen. Wir sind noch in diesem Jahr bereit, das Gesetz im Parlament zu beschließen. Das wäre ein starkes Signal für die ganze Breite der Wirtschaft und für die Industrie am Standort Deutschland. Wir sollten die nächsten Wochen nutzen, um Maßnahmen zu verabschieden, auf die Unternehmen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dringend warten. Dazu gehört auch, Beschäftigte und Familien steuerlich zu entlasten und das Kindergeld zu erhöhen.

Die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen muss endlich aufhören!

Als Vater und Großvater und bekennender Christ sind solche Entscheidungen für mich nicht immer einfach. Aber ich bin dankbar, dass eine fraktionsübergreifende Gruppe einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs in den Bundestag zur Abstimmung eingebracht hat. Er soll die Versorgungslage von ungewollt Schwangeren wesentlich verbessern. Selbstbestimmte Schwangerschaftsabbrüche sollen demnach nicht mehr im Strafgesetzbuch geregelt werden und die Kosten für Schwangerschaftsabbrüche sollen künftig von der gesetzlichen Krankenversicherung erstattet werden können. Ein zusätzlicher Antrag flankiert weitere Maßnahmen: So soll der Zugang zu kostenlosen Verhütungsmitteln ermöglicht werden, wodurch ungewollte Schwangerschaften künftig besser verhindert werden sollen.

Der Schutz des ungeborenen Lebens ist in der Verfassung verankert. Ein erschwerter Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen erfüllt dieses Ziel jedoch nicht. Im Gegenteil: Es führt nicht unbedingt zu weniger, sondern kann zu medizinisch unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen führen. Ungewollt Schwangere brauchen ausreichenden Zugang zu bestmöglicher Information und bestmöglicher medizinischer Versorgung. Dass wir in dieser Hinsicht in Deutschland bereits einen gravierenden und sich weiter zuspitzenden Mangel haben, ist schlicht nicht tragbar. Ungewollt Schwangere befinden sich oft in belastenden Situationen. Ich würde mir wünschen, dass wir in den verbleibenden Wochen gemeinsam mit den Abgeordneten der demokratischen Fraktionen im Deutschen Bundestag für die Unterstützung dieses Antrags stimmen. Er ist ein wichtiger und dringend notwendiger Schritt, um ungewollt Schwangeren die bestmögliche Unterstützung zu bieten. Die Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, muss beendet werden. Wir müssen als Gesellschaft sowohl dem Schutz des ungeborenen Lebens, als auch dem Selbstbestimmungsrecht von Schwangeren in gleicher Weise gerecht werden. Ein modernes Recht muss die Lebensrealitäten von Schwangeren ernst nehmen und sie unterstützen – ohne Stigmatisierung oder Kriminalisierung.

Ihr / Euer



Termine

**11.
DEZ**

150 Jahre SPD–Heilbronn mit Kurt Beck
Schießhaus, Frankfurter Str. 65, 74072 Heilbronn

**15.
DEZ**

SPD–Landesvertreter*innenversammlung – Listenparteitag
Congress–Centrum Stadtgarten, Rektor–Klaus–Straße 9, 73525 Schwäbisch Gmünd

**16.–
20.
DEZ**

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
Berlin, Bundestag

Bild der Woche



„Mit dem gelben Band der Verbundenheit entsenden wir Weihnachtsgrüße an über 2000 Soldatinnen und Soldaten die das Weihnachtsfest nicht im Kreise ihrer Familie feiern können.“

Josip Juratovic, MdB



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.